

10 Anträge (schriftlich)

10.1 Modellversuch Bewohnerparkplätze Innere Stadt ab 1.7.2020 (GR. Pagner, ÖVP)

Wie schon in mehrfachen Anträgen ausgeführt, wird es seit der Abschaffung der Bewohner-Parkzonen im innerstädtischen Bereich für in der Innenstadt lebende Personen immer schwieriger, einen Parkplatz für ihren PKW zu finden. Um die Innenstadt auch weiterhin „am Leben“ zu erhalten, ist es unbedingt notwendig, für BewohnerInnen ein Parkplatzangebot einzurichten.

Die zuständige Stadträtin und das Straßenamt könnten, um dieses Angebot zu schaffen, für Straßen im innerstädtischen Bereich einseitige Halteverbote mit dem Zusatz „ausgenommen Berechtigte“ verordnen und somit ein Zeichen, dass ihnen die Bewohner der Inneren Stadt „am Herzen liegen“, setzen.

Ein Modellversuch, beginnend mit Juli bis zumindest zum Jahresende, könnte die prekäre Situation der Innenstadtbewohner entschärfen. Dabei sollten vor allem jene Straßen, in welchen es diese Zonen schon gegeben hat, sowie ergänzt durch weitere Straßenzüge geprüft und der Modellversuch umgesetzt werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständige Stadträtin und das Straßenamt mögen die Straßen (Hamerlinggasse, Tummelplatz, Bischofsplatz, Kaiserfeldgasse, Kalchberggasse, Raubergasse und Landhausgasse) auf die Möglichkeit von Bewohnerzonen überprüfen und ab 1. 7. 2020 einen diesbezüglichen Modellversuch – zumindest bis 31.12.2020 – verordnen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.2 Verkehrserziehungsgarten – Radspielplatz (GR Eber, KPÖ)

Noch im Herbst 2020 soll mit der Detailplanung für den Kinderspielplatz und den Verkehrserziehungsgarten im Stadtpark begonnen werden.

Diese geplante Neugestaltung bietet nun auch die Chance, zusätzlich zum Kinderspielplatz einen „Radspielplatz“ auf dem Areal des alten Verkehrserziehungsgartens zu errichten. Dies wäre eine wichtige Ergänzung zum bestehenden Übungsgelände beim ÖAMTC.

In der Wiener Seestadt Aspern wird mit der Errichtung eines derartigen Radspielplatzes – nach dänischem Vorbild - begonnen, nähere Infos finden sich unter www.radspielplatz.at Das spielerische Lernen der Fahrradbeherrschung und die damit verbundene selbständige Mobilität ist gerade im Alter von drei bis zwölf Jahren entscheidend für die künftige Mobilitätsweise.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Im Sinne des Motivenberichts werden die zuständigen Stellen ersucht, bei den Planungen für die Neugestaltung des Verkehrserziehungsgartens im Stadtpark auch die Erfahrungen aus Dänemark und Wien im Hinblick auf Radspielplätze zu berücksichtigen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.3 Reinigungspersonal wieder direkt bei den GGZ beschäftigen (GR Heinrichs, KPÖ)

Einem ausführlichen Artikel im Kurier (So, 19. April 2020) zufolge wird seitens der Staatsanwaltschaft nunmehr u.a. in einem Altersheim (Stammhaus der Barmherzigen Schwestern) in Zams/Bezirk Landeck, Tirol ermittelt.

Zu beklagen sind 39 Infektionen an Covid 19, die über Reinigungskräfte, welche nebenberuflich in den Corona-Hotspots in Ischgl und St. Anton tätig gewesen sein sollen, erfolgt sein sollen.

Auch in anderen Heimen Tirols kam es gleichzeitig zu den gefährlichen Ansteckungen.

Auf die Ergebnisse der Nachforschungen kann man natürlich noch gespannt sein.

Keinesfalls kann allgemein behauptet werden, dass Reinigungskräfte aus Reinigungsfirmen in hygienischer Hinsicht nicht nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten würden bzw. von solchen Firmen grundsätzlich Gefahr ausginge.

Allerdings ist es besonders in Zeiten der nun gegebenen hochproblematischen Corona-Pandemie aus Sicherheitsgründen nicht nur von größter Bedeutung, jegliches Reinigungspersonal bestens ausgebildet zu wissen – am besten in den Häusern, in denen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Reinigungspersonals auch ständig verbleiben dürfen!

Unter Berücksichtigung aktueller hygienischer Verordnungen (nämlich die Viren keinesfalls zu verschleppen und damit zu übertragen!) kann es nur logisch sein, dass Reinigungstrupps in Hospitälern und Pflegeheimen nicht etwa – wie in den letzten langen Jahren üblich geworden – noch weiterhin von Haus zu Haus, von Abteilung zu Abteilung geschickt werden.

Indem ja leider auch Hospitalismus ein grundsätzliches Problem darstellt, ist es sehr an der Zeit, alle nur erdenklichen Register zu ziehen, um dieser Problematik Einhalt zu gebieten.

Wir plädieren mit Nachdruck dafür, dass besonders exakt ausgebildete Reinigungskräfte für alle öffentlichen Gebäude der Stadt Graz und damit

selbstverständlich auch in den Einrichtungen der GGZ künftighin wiederum direkt in den jeweiligen Häusern als Hausangestellte Beschäftigung erlangen.

Reinigungspersonal direkt bei den GGZ, also im Hause Graz, in Anstellung zu bringen, würde gleichzeitig eine bedeutende Anerkennung bei dringend notwendiger finanzieller Sicherheit für die betreffenden MitarbeiterInnen darstellen.

Im Sinne dieses wichtigen Zeichens der Solidarität stelle ich daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen sowie die Verantwortlichen bei den GGZ mögen dafür Sorge tragen, dass die für die Einrichtungen der GGZ benötigten Reinigungskräfte in Zukunft nicht über eine externe Reinigungsfirma beauftragt, sondern direkt bei den GGZ angestellt und als Hausangestellte in den jeweiligen Häusern tätig werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.4 Graz kühlt: Neue Hitzeschutzideen für öffentliche Orte
(GR Sikora, KPÖ)**

Bäume gelten ja als natürliche Schattenspender und tragen positiv zu einem guten Stadtklima bei. An manchen Orten und Plätzen in unserer Stadt können Bäume jedoch nicht gepflanzt werden, deshalb braucht es andere kühlende Ideen. Mit einer Aktion "*Graz kühlt*" könnte nach Wiener Vorbild flächendeckend im Grazer Stadtgebiet nach entsprechenden öffentlichen Orten und Plätzen Ausschau gehalten werden.

Weit über 40 Hitzetage (Tendenz steigend) machen jährlich unseren BürgerInnen zu schaffen. Mit ausgeklügelten Schattenkonzepten könnte man gemeinsam mit der

Stadtverwaltung und den BürgerInnen mit geringem Aufwand kostengünstig die Stadt kühler und lebenswerter gestalten.

Sonnensegel, grün bewachsene Rankgerüste oder auch Kunstprojekte, welche Straßenzüge überspannen, könnten installiert und umgesetzt werden.

Das können textile Sonnensegel in schmalen Gassen sein, Kunst- und Nachbarschaftsprojekte in den Grätzln bis hin zur Verschattung von Parklets oder einfachen Blätterdächern über dem Gehsteig. Auch Privatpersonen und Vereine sollen ihre Ideen miteinbeziehen und den Gehsteig vor ihrem Wohnhaus, Geschäfts- und Vereinslokale beschatten.

Der Weg zur behördlichen Bewilligung solcher Schattenelemente sollte - nach Wiener Vorbild - durch klare Kriterien von Seiten der Behörde erleichtert und übersichtlich zusammengefasst werden!

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats sowie die für Umwelt zuständige Stadträtin werden höflichst ersucht zu evaluieren, ob - wie im Motivenbericht beschrieben - Hitzeschutzideen mittels der Aktion "Graz kühlt" rasch und zweckmäßig umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.5 Unterstützung Nachtwürstelstände
(GR Ing. Lohr, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Erfreulicherweise darf ab morgen die Gastronomie wieder nach sehr langer Zeit aufgrund des behördlich verordneten Shutdowns ihre Pforten öffnen und die Grazer dürfen sich wieder in ihre lieb gewonnenen Gasthäuser, Bars und Beisln setzen. Die abwechslungsreiche Kulinarik macht auch das Flair von Graz aus und die Gastronomie gehört zu der am Meisten betroffenen Wirtschaftssparte seit Ausbruch der Corona Pandemie. Die Grazer Stadtregerung hat in ihrem 3-Millionen-Euro-Hilfspaket als eine der ersten Hilfsmaßnahmen für die Grazer Gastronomie ein Aussetzen der Nutzungsgebühren für die Gastgärten bis zum Jahresende beschlossen.

Nach Verordnung des Gesundheitsministers werden die Öffnungszeiten aller gastronomischer Einrichtungen jedoch bis 23:00 Uhr eingeschränkt. Diese Vorgabe trifft auch die vielen Nachtwürstelstände in der Grazer Innenstadt, die ab dem Abend normalerweise bis in die frühen Morgenstunden geöffnet haben und für die diese Einschränkung der Öffnungszeiten gleichzeitig eine massive Einschränkung der Geschäftstätigkeit bedeutet. Im Sinne einer Chancengleichheit und um das finanzielle Überleben dieser beliebten Gastronomieeinrichtungen zu ermöglichen, braucht es hier eine analoge Hilfestellung wie bei den Gastgärten.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge prüfen, ob die Aussetzung der Standgebühren für Nachtwürstelstände und damit eine Gleichbehandlung mit den Gastgärten durch die Stadt möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.6 Unterstützung Klein- und Einzelunternehmer
(GR Mogel, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit mittlerweile zwei Monaten ist das öffentliche Leben zum Stillstand gekommen. Die damit verbundene Zwangspause trifft vor allem auch viele

Dienstleistungsunternehmen in Graz. Es ist vor allem für Klein- und Einzelunternehmen schwierig, den erlittenen Verdienstentgang aufzuholen und wieder in Umsatzbereiche zu kommen, die ein Weiterbestehen der Unternehmen zulässt.

Die meisten Arbeitnehmer in Österreich sind bei Klein- und Mittelbetrieben angestellt. Gerade als Gemeinde ist es wichtig, der eigenen Bevölkerung die Notwendigkeit von regionalem Unternehmertum vor allem für das unmittelbare Arbeitsumfeld und das aktive Leben einer Stadt näherzubringen.

Neben allen Unterstützungen von Bund, Land und Stadt ist es vor allem für die Klein- und Einzelbetriebe schwer, zu ausreichend Unterstützung zu kommen. Gerade hier könnte die Stadt Graz zusätzlich folgende Möglichkeit schaffen:

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das zuständige Amt möge prüfen, wie in allen eigenen Medien der Stadt Graz – digital und Printmedien – vor allem für Klein- und Einzelunternehmer im Dienstleistungsbereich ein niederschwelliger Zugang geschaffen werden kann, um sich und ihre Dienstleistungen vorzustellen.

Dies soll dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung in Graz dienen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.7 Mehr legale Flächen für Graffiti-MalerInnen (GR Mag. Kuhn, Grüne)

Graffiti-Malerei ist für viele - vor allem jüngere - Menschen ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen Kunst- und Kulturszene. Sie ist im Straßenbereich sehr sichtbar, wird aber auch sehr stark bekämpft, da einzelne KünstlerInnen auch nicht vorgesehene Häuserfassaden für Graffiti-Malerei verwenden. Es gäbe jedoch viele graue, farblose Betonwände in einer Stadt wie Graz, die sich für diese Kunstart bestens legal eignen würden. Die Firma Saubermacher in Graz hat gezeigt, dass es möglich ist, Wände legal für Graffiti-MalerInnen frei zur Verfügung zu stellen. Durch den Umbau entlang der Mur entstanden auch etliche graue Betonflächen, die offiziell und regelmäßig für diese Kunstart zur Verfügung gestellt werden könnten. Im Bereich des Radweges unter der Bertha-von-Suttner- Friedensbrücke gab es bereits einige Male Aktionen, wo KünstlerInnen legal ihre Graffiti-Fantasien verwirklichen konnten. Wünschenswert sind mehr Flächen, die regelmäßig und ohne Anmeldung bemalt werden könnten.

Ich stelle seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Die dafür zuständigen Stellen werden ersucht, mehr legale Flächen dauerhaft für Graffiti-Malerei bereitzustellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.8 Umgestaltung Schlögelgasse
(GRⁱⁿ Ussner, Grüne)**

Durch die Covid-19-Krise wurde der Straßenraum in der Schlögelgasse den Menschen zurückgegeben, um den nötigen Abstand am Bauernmarkt zu ermöglichen. Es begann als Notmaßnahme, aber in der Bevölkerung werden immer mehr Stimmen laut, die sich diese Veränderung als permanente Umgestaltung wünschen. Laut einer Umfrage der Kleinen Zeitung sind 82 % (Stand Montag) für eine permanente Umgestaltung der Schlögelgasse als FußgängerInnenzone.

Die Menschen in Graz wünschen sich klar eine Umverteilung des öffentlichen Raumes. Speziell auf Marktplätzen macht diese Maßnahme Sinn, auch um das Risiko einer zweiten Welle an Covid-19-Ansteckungen geringer zu halten.

Deshalb stelle ich im Namen der ALG folgenden

Antrag:

Die zuständige Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, die derzeitige temporäre Maßnahme einer FußgängerInnenzone in der Schlögelgasse als dauerhafte Gestaltungslösung zu veranlassen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.9 Staffelung der Schulöffnungszeiten
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

Wir scheinen die kritische Zeit der Corona-Pandemie überstanden zu haben, nach und nach kehrt wieder Normalität in unseren Alltag ein. Die Gefahr einer zweiten Infektionswelle ist aber noch nicht gebannt.

Deswegen sollten in allen Lebensbereichen Menschenansammlungen vermieden werden. Für Kinder, aber auch deren Eltern, ist es enorm wichtig, dass die Schulen, Kindergärten und Krippen wieder ihren Betrieb aufnehmen. Viele Familien sind durch die Corona-Pandemie an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit gestoßen. Auch im Sinne der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit ist eine Rückkehr zu einer neuen Form des Normalbetriebs sehr wünschenswert.

Unverständlich ist aber, warum die Klassengrößen zwar halbiert wurden, auf Bundesebene aber nicht an eine Staffelung der Unterrichtszeiten insbesondere in den Ballungsräumen gedacht wurde. Große Menschenansammlungen im öffentlichen Verkehr werden so zu den Stoßzeiten vor Schulbeginn und nach Schulschluss unvermeidbar.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner als für Bildung zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, mit den Grazer Schulen und den zuständigen Stellen auf Landes- und Bundesebene das Gespräch zu suchen und eine Staffelung der Schulöffnungszeiten anzuregen, um überfüllte Verkehrsmittel zu den Stoßzeiten vor Schulbeginn und nach Schulschluss zu vermeiden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.10 Umgestaltung des Josef-Huber-Parks
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

Die Corona-Krise zeigt einmal mehr, wie essentiell ein hochwertiges Angebot an Grünraum und Freizeitmöglichkeiten gerade in den Grazer Bezirken ist, in denen wenige über einen Eigengarten verfügen. Für Familien, die in beengten Wohnsituationen leben, war die Möglichkeit, sich zumindest kurz im Grünen bewegen zu können, enorm wichtig. Insbesondere der Bezirk Gries verfügt allerdings über wenige Grünflächen. Während der Oeverseepark wunderschön gestaltet wurde und auch dementsprechend vielfältig und gut genutzt wird, muss der unweit davon entfernte Josef-Huber-Park noch aus seinem „Dornröschen-Schlaf“ erweckt werden. Die große Grünfläche bietet so gut wie keine Spielgeräte. Auch ein Durchgang hin zur Idlhofgasse, wo einige Neubauten mit vielen Wohnungen entstanden sind, würde die Nutzung fördern. Außerdem stößt der Oeverseepark gerade in der warmen Jahreszeit zunehmend an seine Kapazitätsgrenzen.

Um einen Park wie den Oeverseepark zu schaffen, in dem sich unterschiedliche Alters- und NutzerInnengruppen wohlfühlen, ist eine Beteiligung von AnrainerInnen und potentiellen NutzerInnen sinnvoll. Vereine wie Fratz Graz und das Kinderbüro zeigen vor, wie fantasievoll und kreativ gemeinsam mit Kindern Spielplätze und Grünflächen gestaltet werden können.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner als für Jugend, Familie und Sport zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, unter Einbindung der Expertise von Vereinen wie dem Kinderbüro oder Fratz Graz einen Beteiligungsprozess zur Umgestaltung und besseren Nutzung des Josef-Huber-Parks zu starten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.11 Verantwortungsvolle Kommunalpolitik für Menschen auf der Flucht –
Forderungen der Seebrücke
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

In der Corona-Krise ist der mediale Fokus zwar von der furchtbaren Situation geflüchteter Menschen auf den griechischen Inseln und an der griechisch-türkischen Grenze weggerückt, verbessert hat sich ihre Lage aber keineswegs. Ein erfahrener Katastrophenhelfer der Caritas bezeichnete die Situation im Flüchtlingslager als „absolut menschenunwürdig“ und fragte: „Wie kann das sein, wir sind in der EU.“ Deutschland hat bereits im März angekündigt, bis zu 1.500 unbegleitete oder schwer erkrankte Kinder unter 14 aufzunehmen.

Gerade weil eine Einigung auf europäischer Ebene so schwer zu erzielen ist, hat das zivilgesellschaftliche Bündnis „Seebrücke“ einen anderen Weg gewählt: Es wendet sich direkt an Kommunen, denn „dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden.“

Die „Seebrücke“ schlägt hierfür einen Prozess mit mehreren Schritten vor, die nach und nach erfüllt werden können: Eine Kommune kann sich unter anderem mit Menschen auf der Flucht solidarisch erklären, sich für sichere Fluchtwege einsetzen und Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme von geflüchteten Menschen zur Verfügung stellen. (Alle Forderungen im Detail siehe Beilage.)

Graz muss hier dem Beispiel anderer Kommunen folgen und seiner Verantwortung als Menschenrechtsstadt gerecht werden!

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

- 1.) Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, mit der zivilgesellschaftlichen Initiative „Seebrücke“ Kontakt aufzunehmen und Graz schrittweise zu einem „sicheren Hafen“ im Sinne der Forderungen der „Seebrücke“ zu machen.

- 2.) Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, dem Beispiel anderer österreichischer Bürgermeister zu folgen und sich aktiv in einer Koalition der Willigen zur Aufnahme besonders vulnerabler geflüchteter Menschen bereit zu erklären.

Beilage zum Antrag:

Sichere Häfen - Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits Dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen. Als SEEBRÜCKE begleiten wir den Prozess und dokumentieren, welche Schritte Kommunen aus unserer Sicht bereits gegangen sind (Kontakt: sichererhafen@seebruecke.org).

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.
4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).
6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).
7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei.

Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.12 Betreff: Verhinderung von Stromabschaltungen bei der Energie Graz (GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)

Die Energie Graz engagiert sich schon länger in der Bekämpfung von Energiearmut. In Kooperation mit der Caritas und dem Sozialamt werden im Projekt „Energie gegen Armut“ beispielsweise Spenden für Menschen, die ihre Heizkosten nicht begleichen können, verdoppelt. Bereits zu Beginn der Corona-Krise wurde außerdem versichert, dass bis Juni 2020 keine Anlagen abgeschaltet werden und bei Bedarf Teilzahlungsbeträge gestundet oder befristet reduziert werden können.

Diese Maßnahmen sind sehr erfreulich. Umso erstaunlicher ist es, dass es in zumindest einem Fall aufgrund eines Umzugs und der scheinbar nicht bearbeiteten Ummeldung des Stromvertrags dennoch zu einer Stromabschaltung während der Corona-Krise kam. Der betroffene Haushalt war für längere Zeit ohne Stromversorgung und das Problem konnte erst dank mehrmaliger Intervention gelöst werden. Der Betroffene war zuvor bereits mehrmals mit der Energie Graz in Kontakt gewesen.

Der beschriebene Fall mag aus einer Serie von Missverständnissen und Fehlkommunikation entstanden sein und womöglich war auch die Energie Graz in den letzten Wochen personell unterbesetzt. Dennoch ist es nicht hinnehmbar, dass die Stromversorgung zumindest eines Grazers während der Krise nicht gesichert war.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise werden erst nach und nach spürbar werden. Bereits jetzt ist aber absehbar, dass mehr Menschen von Armut betroffen sein und damit auch Schwierigkeiten haben werden, ihre Stromrechnungen zu begleichen. Wie wird die Energie Graz die betroffenen Menschen unterstützen? Und welche Konsequenzen sollten aus dem vorliegenden Fall gezogen werden? Offensichtlich ist die Kommunikation mit und Betreuung von KundInnen noch nicht optimal gestaltet.

Denkbar wäre eine Vertiefung der Kooperation mit Caritas und Sozialamt, um Menschen mit Zahlungsschwierigkeiten besser zu unterstützen. Die Wien Energie hat eine eigene Ombudsstelle mit SozialarbeiterInnen eingerichtet, um Stromabschaltungen zu verhindern. An so eine Stelle könnten komplexe Fälle wie der vorliegende weitergegeben werden.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Der für den Bereich Beteiligungen zuständige Stadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, mit der Energie Graz ein Konzept zur Verbesserung der KundInnen-Betreuung insbesondere bei Zahlungsschwierigkeiten zu erarbeiten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.13 Elternbeiträge für Kinderbetreuung, Horte und NM-Betreuung laufend auf Corona-Folgen anpassen
(GR Ehmann, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Corona-Krise und ihre Folgen stellen eine in diesem Ausmaß in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie dagewesene Ausnahmesituation dar: Mehr als 1,6 Millionen Menschen befinden sich bereits auf Kurzarbeit oder sind arbeitslos, viele Wirtschaftstreibende kämpfen um ihre Existenz, zahlreichen EPU und KMU droht das Aus. Auch in Graz sind Tausende Familien von dieser dramatischen Situation betroffen. Viele sind aufgrund der Corona-Krise bereits in finanzielle Schwierigkeiten geraten, viele weitere werden im Laufe der nächsten Wochen, Monate, vielleicht sogar Jahre mit einem deutlich geringeren Haushaltseinkommen auskommen müssen als in Vor-Corona-Zeiten.

Dem gilt es Rechnung zu tragen – auch bei den Gebühren, Abgaben und Entgelten, die die Stadt Graz einhebt. Konkret etwa in Zusammenhang mit den Elternbeiträgen für Krabbelstuben, Kindergärten, SchülerInnenhorten und der Nachmittagsbetreuung, deren Höhe sich üblicherweise am Vorjahres-Einkommen der Eltern orientiert. Viele Haushaltseinkommen haben sich aber nun radikal verringert, in vielen weiteren Fällen wird das in den kommenden Wochen der Fall sein. Weswegen dringendst eine Adaptierung der Berechnungen erfolgen müsste: Wo immer es jetzt Veränderungen, sprich Reduzierungen, im Haushaltseinkommen gibt, sollten auch die Elternbeiträge umgehend – und rückwirkend hin auf den betreffenden Zeitpunkt – neu berechnet werden und auf das aktuelle Haushaltseinkommen hin adaptiert werden. Denn was nicht sein darf, ist, dass Elternbeiträge gleichsam über Nacht für Familien, die aufgrund der Corona-Krise nunmehr hohe finanzielle Einbußen haben – zu einer kaum mehr zu bewältigenden finanziellen Belastung werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, umgehend sicherzustellen, dass gemäß Motivenbericht Elternbeiträge für Krabbelstuben, Kindergärten, SchülerInnenhorte und die Nachmittagsbetreuung bei Corona-bedingten Reduzierungen des Haushaltseinkommens kurzfristig entsprechend angepasst, sprich verringert, werden und das Haushaltseinkommen des Vorjahres in solchen Fällen nicht mehr als Berechnungsgrundlage herangezogen wird.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.14 Corona-Tausender
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Durch Corona änderte sich unser Alltag von einem auf den anderen Tag völlig. Doch auch während der weltweiten Corona-Krise konnten wir auf die Menschen zählen, die unser System und unsere Stadt am Laufen halten. Denn es sind die Beschäftigten im Gesundheitsbereich, die PflegerInnen, Angestellten in den Supermärkten, die BuslenkerInnen, die KindergärtnerInnen, ArbeiterInnen bei der Müllentsorgung und in der Reinigung und viele, viele mehr, die sich für uns einer Gefahr ausgesetzt haben, um das Land am Laufen zu halten.

Viele dieser Corona-HeldInnen arbeiten auch im Öffentlichen Dienst und in der Stadt Graz. Und in vielen dieser Bereiche stemmen vor allem Frauen diese Krise. Im Gesundheitsbereich sind es 62 %, im Lebensmittelhandel 71 %, in der Pflege sind es 88 % und in der Betreuung unserer Kleinsten sind es 99 % Frauen.

Es ist schön zu sehen, dass unser Land gerade von einer Danke-Kampagne nach der anderen überzogen wird. Diese Dankbarkeit ist wichtig. Aber es braucht mehr als dieses „Danke“! Danke allein zahlt keine Mieten, keinen Lebensmitteleinkauf und danke allein spiegelt nicht die Wertigkeit wider, die jene Arbeit in dieser Ausnahmesituation verdient hat. Eine Petition des überparteilichen Österreichischen

Gewerkschaftsbundes zu einem Corona-Tausender für alle ArbeiterInnen in systemrelevanten Bereichen hatte innerhalb der ersten Tage über 100.000 Unterstützungen. Also sehen wir, dass viele sich mehr als ein Danke wünschen. Diese Ausnahmesituation Corona sollte uns auch in der Stadt Graz zu denken geben, für welche Bereiche wir Geld ausgeben wollen. Corona hat eindeutig klargemacht, dass Geld für die arbeitenden Menschen an vorderster Front wichtiger sein muss als Geld für Prestigeprojekte. Denn es sind genau jene Menschen, auf die es im Fall der Fälle ankommt und die jeden Tag für die Allgemeinheit aufstehen. Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwiefern eine Prämie wie der Corona-Tausender innerhalb des gesamten Haus Graz an alle MitarbeiterInnen eingeführt werden könnte.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. Mai 2020

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm. Mag. **Nagl** schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 18.30 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Sissi Potzinger

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter